

batte über den Militäretat und die Ausgabenposition. „Gehalt des Kriegsministers“ wurde genehmigt. Debattelos fanden dann noch eine Anzahl weiterer Ausgabenposten Annahme, worauf Ber- tagung eintrat.

Die Budgetkommission des Reichstags ver- handelte am Freitag über die koloniale Besol- dungsordnung und beschloß zuletzt nach einem na- tionalliberalen Antrag die vorläufige Beibehal- tung der bisherigen Gehaltsätze für die Kolonial- beamten auf ein Jahr.

Der angekündigte Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgerichts wird nächsten dem Reichstag in Verbindung mit einer Vorlage, wel- che sich auf die Reorganisation des Ehrengerichts- hofs für die Rechtsanwälte beim Reichsgericht be- zieht, zugehen.

Der Reichstagspräsident Graf Stollberg hat die Folgen seiner Influenzaerkrankung noch im- mer nicht völlig überwunden. Vermutlich wird es ihm nicht möglich sein, vor Ostern die Leitung der Präsidialgeschäfte wieder zu übernehmen.

Das preussische Abgeordnetenhaus steckt augen- blicklich in der Spezialberatung des Etats des Landwirtschaftsministeriums, mit welcher Ma- terie sich das Haus auch noch am Freitag und Sonnabend beschäftigte.

Die Wahlreformvorlage soll dem Abgeord- netenhaus möglichst noch im Laufe dieser Woche zugehen.

In der Freitagssitzung der bayerischen Abge- ordnetenkammer entwickelte der Minister des In- nern v. Brettreich das Wasserbauprogramm der Regierung. Insgesamt sind für die Ausführung von Wasserbauten in Bayern mehr als 100 Millio- nen Mark ausgeworfen, wovon 75 Millionen auf den Staat entfallen.

Die badische Abgeordnetenkammer nahm mit 39 Stimmen gegen 25 Stimmen des Zentrums und der Konservativen einen nationalliberalen Antrag an, nach welchem die badische Regierung ersucht wird, die Frage der Redarkanalisation durch Zusammenwirken mit der württembergi- schen Regierung einer baldigen Lösung entgegen- zuführen und zugleich ein Einverständnis mit der württembergischen Regierung in der Frage der Schiffsabgaben zu erzielen.

Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen wurde am Freitag nachmittag mit einer längeren Rede des Statthalters eröffnet, in welcher u. a. auch die Hoffnung auf den weiteren Ausbau der elsass-lothringischen Verfassung ausgedrückt wird. Durch Jura wurde das bisherige Präsidium des Landesausschusses wiedergewählt.

Zur Frage der Schiffsabgaben. Wie be- kannt, hat der Bund der Industriellen auf seiner Generalversammlung am 24. Januar d. J. sich

gegen Schiffsabgaben ausgesprochen. Diese Tatsache verdient besondere Beachtung, denn wie aus dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Be- richt über die Generalversammlung ersichtlich ist, wurde diese Resolution beantragt durch den Ver- band Thüringischer Industrieller, der auf der Versammlung mit vertreten war. Es geht da- raus jedenfalls das eine hervor, daß die Anschau- ung des Ministers v. Jille, der kürzlich den Standpunkt der meiningischen Staatsregierung im Sinne der preussischen Schiffsabgaben- politik präziserte, von der thüringischen In- dustrie in ihrer Gesamtheit daraus nicht geteilt werden dürfte, wahrscheinlich auch nicht durch- gängig von der meiningischen Industrie. Die Resolution des Bundes der Industriellen ist aber auch insofern bedeutsam, als auf der Generalver- sammlung auch Vertreter des Verbandes Würt- tembergischer Industrieller anwesend waren, und daß in dem Generalversammlungsbericht nichts verlautet, daß sich diese Württembergischen Ver- treter gegen die Resolution gewendet hätten. Die Resolution ist also einstimmig gefaßt worden.

O e s t e r r e i c h - U n g a r n .

Der neue ungarische Ministerpräsident Graf Aehren-Deberbarv reichte wegen des ihm seitens der Abgeordnetenhausmehrheit erteilten Miß- trauensvotum seine Dimission ein, die aber vom Kaiser und König Franz Josef abgelehnt wurde. Nunmehr ist die Auflösung des ungarischen Reichstags und die Ausschreibung von Neuwah- len gewiß.

F r a n k r e i c h .

Das Hochwasser in Paris ist seit Sonnabend mittag endlich wieder etwas zurückgegangen. Auch aus den überschwemmten Gebieten in der Provinz wird ein Sinken des Hochwassers gemeldet.

G r i e c h e n l a n d .

In Griechenland hat der allmächtige Offi- ziersbund den Sturz des Kabinetts Radromicha- lis bewirkt und hierdurch den Ausbruch einer Ka- binettskrise herbeigeführt. Darüber, wer die neue Regierung bilden soll, lauten die Athener Meldungen einstweilen noch etwas widerspruchs- voll, es ist sowohl von Dragumis als auch von Stodutis die Rede als künftigem Kabinettschef. Im übrigen herrscht in Athen und Griechenland Ruhe.

R u m ä n i e n .

Der rumänische Ministerpräsident Bratiano ist in Wien eingetroffen und vom Kaiser Franz Josef in der Hofburg empfangen worden. Mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Aus- wärtigen, Grafen Aehrenthal, hatte Bratiano eine längere Besprechung; am Sonnabend mittag gab Graf Aehrenthal zu Ehren des distinguierten ru- mänischen Gastes ein größeres Frühstück. In Wiener politischen Kreisen bringt man den Besuch Bratianos mit den Balkanangelegenheiten in Zusammenhang.

N o r w e g e n .

In Norwegen ist das seit März 1908 amtie- rende radikale Ministerium Knudsen zurückge- treten, weil durch die letzten Stortingswahlen die vereinigten Liberalen und Konservativen die Mehrheit in der norwegischen Volksvertretung erlangt haben. König Haakon hat den Führer der Liberalen, den Fabrikbesitzer Konow, mit der Bil- dung des neuen Kabinetts beauftragt.

E n g l a n d .

Bis Sonnabend nachmittag 3 Uhr waren an der Londoner Zentralstelle folgende Wahleresul- tate bekannt: 271 Unionisten, 272 Liberale, 40 Arbeitervertreter und 80 irische Nationalisten; es fehlten demnach nur noch sieben Wahlen.

Der Schnellzug Brighton-London entgleite am Sonnabend beim Passieren der Station Staats-Resf. Hierbei wurden nach einer vorläu- figen Meldung 10 Personen getötet und etwa 20 verwundet.

A m e r i k a

Der Ausgang der eingeleiteten deutsch-ameri- kanischen Verhandlungen wegen einer handels- politischen Verständigung erscheint zunächst noch ungewiß. Immerhin berechtigt das entgegenkom- mende Verhalten der Unionsregierung gegen Deutschland, welches sich dadurch dokumentiert, daß laut einer halbamtlichen Washingtoner Mel- dung der Unionsregierung das deutsche Verbot der Einfuhr von Fleisch- und Fleischwaren aus Amerika bei der Entscheidung der Frage, ob Deutschland der amerikanische Minimalzoll zu be- willigen sei, nicht weiter in Betracht ziehen will, zu einiger Hoffnung. In Washingtoner amtlichen Kreisen erwartet man, daß die Inkraftsetzung des deutschen Maximalzolltarifs zunächst noch bis zum 31. März hinausgeschoben wird, damit in der

Winterszeit die Basis für neue handelspolitische Abmachungen zwischen den Kabinetten von Washington und Berlin gefunden werden kann.

M i e n .

An der persischen Küste landete unweit des Ortes Dpaff eine Abteilung britischer Marine- truppen, marschierte sieben Stunden weit landein- wärts bis zum Dorf Kaslar und nahm eine dort befindliche Waffenniederlage weg. Dann kehrte das Detachement an die Küste zurück und schiffte sich wieder ein. Der eigentliche Zweck dieses seltsamen Unternehmens ist noch nicht recht klar.

S a c h s e n .

Dresden, 31. Januar. Se. Maj. der König besuchte gestern vormittag den Gottesdien- st in der katholischen Hofkirche und fuhr um 1 Uhr mit den 3 Prinzen-Söhnen nach Weising zum Wintersportfest.

Bei Sr. Maj. dem König findet heute nachmittag im Residenzschloß ein Staatsdiener- diner statt. Abends gedenkt der Monarch der Ballfestlichkeit im Ministerhotel beizuwohnen.

Se. Maj. der König gedenkt im Monat Februar der Stadt Leipzig einen Besuch abzu- statten und wird voraussichtlich am Morgen des 15. Februar in Leipzig eintreffen und bis zum 17. abends dort verweilen. Der König wird auch diesmal die Landesuniversität durch einen Besuch auszeichnen.

Bischofswerda, 31. Jan. Am gestrigen Tage beging der hiesige Gewerbeverein ein seltenes Fest. Vollendeten sich doch an diesem Tage 50 Jahre seines Bestehens. Der Jubelfeier, wel- che im großen Saale des Schützenhauses begangen wurde, wohnten circa 400 Personen bei. Der of- fiziellen Feier schloß sich ein solenner Ball an. Auf die Feier selbst kommen wir morgen aus- führlich zurück.

:(Bischofswerda, 31. Januar. Am gestrigen Sonntag konnte der Buchdruckerbesitzer und Re- dakteur Emil May allhier in voller gesund- heitlicher Frische und Rüstigkeit im Alter von beinahe siebzig Jahren auf eine vierzigjährige Tätigkeit als verantwortlicher Redakteur des „Sächsischen Erzählers“, Amtsblatt, zurückblicken, nachdem es ihm vergönnt war, im Jahre 1906 sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum zu feiern. Der Jubilar, der auch als langjähriger Stadtveror- dener die Interessen seiner Vaterstadt nach allen Seiten gewahrt und vertreten, regte als solcher unter anderem die Erbauung der städtischen Was- serleitung an, dessen Antrag und Begründung die Akten der Wasserleitung eröffnen. Herr May wurden von vielen Seiten erhebende Be- weise der Anerkennung dargebracht. Unter an- derem wurde ihm, als 41jähriges Mitglied des Gewerbevereins, die Ehrenmitgliedschaft desel- ben in Form eines schön ausgestatteten Diploms zuteil. Vom Deutschen Buchdruckerverein wurde ihm ebenfalls ein Diplom durch die Herren Buchdruckerbesitzer Marx-Reichenau und Witte-Röbau überreicht.

Bischofswerda, 31. Januar. Mit heute hat die Hauptjagdsaison für diesen Winter ihr Ende erreicht. Von heute an beginnt nach dem sächsi- schen Jagdgesetz die Schonzeit für Rebhühner, Ga- sen, Fasanen, Schnepfen, Auer-, Vork- und Gafel- wild; Rebhühner dürfen nun bis zum 30. Juni, Gassen und Fasanen bis zum 30. September nicht mehr geschossen werden. Auer-, Vork- und Gafel- wild steht bis zum 31. August in der Schonzeit. Mit Ende Februar geht dann auch die Jagd auf männliches und weibliches Rot- und Damwild, sowie auf Wildkälber und Krammetsvögel zu Ende. Dann dürfen nur noch wilde Kaninchen, Schwarzwild, Raubfügetiere und Raubvögel ge- schossen werden.

o Bischofswerda, 31. Januar. Der 24jähr. noch unbestrafte Handlungsgehilfe Adolf Bidel aus Würzburg war beschuldigt, Anfang November 1909 seinen Militärpaß, also eine öffentliche Urkunde, verfälscht und von diesem dem Polizeimeister Bischofswerda und dem Bezirkskommando Bauhen gegenüber zum Zweck der Täuschung Gebrauch gemacht zu haben. Bidel hatte bis zum Tage seiner Entlassung, den 19. November 1909, in Würzburg gebient, sich auf dem dortigen Bezirkskommando am 13. Oktober ab- und in Bischofswerda am 15. Oktober polizei- lich angemeldet. Aber erst am 5. November meldete er sich auf dem Bezirkskommando in Bauhen an. In den An- und Abmeldeunterlagen seines Militärpasses war nun das Würzburger Abmeldebedatum, der 13. Oktober in den 23. Oktober 1909 abgeändert worden und gegen Bidel wurde Anklage erhoben, daß er den Paß gefälscht habe, um einer Strafe für verpätete Anmeldung beim Bezirkskommando zu entgehen. Es wurde vor



Bruno von Schudmann
Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, hat sein
Abschiedsgesuch eingereicht.

Der Gouverneur der deutschen Kolonie in Südwestafrika, Herr v. Schudmann, hat in- folge der letzten Konflikte in der Diamantenfrage sein Abschiedsgesuch eingereicht. Staatssekretär Dern- burg hat zu diesem Gesuch vorläufig noch nicht Stellung genommen, und es dürfte sich erst in einiger Zeit entscheiden, ob der Gouverneur aus seiner Stellung scheidet, die er seit dem Jahre 1907 inne hat. Seine Amtsmündigkeit dürfte da- rauf zurückzuführen sein, daß sich der Bürger- meister von Lüderichsbuch in der bekannten De- pesche gegen die Autorität des Staatssekretärs aufgelehnt hat. Als dann der Reichstag diese De- pesche in entschiedener Weise zurückgewiesen hatte, brachte die Bevölkerung von Windhof dem Gou- verneur einen Fackelzug dar. Auch diese Demon- stration wurde von einzelnen Rednern im Reichs- tag als ungebührlich gerügt.